

Bahnausbau

Verkehrsgipfel in Wildon. Geplanter zweigleisiger Ausbau der Südbahn als Thema.

BETTINA KUZMICKI

Viele Emotionen wurden auch beim zweiten Verkehrsgipfel im Kultursaal des Schlosses Wildon Mittwoch Abend frei. Gunnar Michelitsch brachte die Problematik aus Sicht der Bürgerinitiative Wildon bezüglich des geplanten zweigleisigen Ausbaus der Südbahn durch die HL-AG von Graz Richtung Marburg einmal mehr auf den Punkt.

Befürchtet werden eine ungleich höhere Zugfrequenz - von einem sieben bis acht Minuten Takt war die Rede - und damit verbunden erhöhte Lärmbelastungen und ein massiver Verlust an Lebensqualität. Gefordert werden unter anderem eine alternative Trassenführung der geplanten Hochleistungsstrecke sowie die Schaffung eines Bundes-Lärmschutzgesetzes, wofür auch Unterschriften gesammelt wurden und werden. Miche-

heißt wir wollen den Personenverkehr, um einen Verkehrsinfarkt in Graz zu verhindern. Aber wir sagen nein zu einer Hochleistungsstrecke.“

Unterstützung bekamen die Wildoner von Bürgerinitiativen aus Kärnten und Frauental, die ihre Erfahrungen im Zuge der Planung der Koralmbahn kundtaten. Und da wurde gegen die HL-AG mitunter scharf geschossen. Einhelliger Tenor: „Ihr müsst natürlich zusammenarbeiten, aber seid hellhörig und wachsam, seid aktiv und lasst euch nichts gefallen, denn da wird oft mit gespaltenen Zunge gesprochen.“ Überhaupt wollen die steirischen und kärnterischen Bürgerinitiativen ab sofort ihre Kräfte im Einsatz für ihre Lebensqualität bündeln.

Peter Pittino von der HL-AG, der sich unter den Zuhörern befand, meinte alsdann: „Es hat mich schon betroffen gemacht, was ich da aus Kärnten gehört

sorgt für heftige Diskussionen

Koralmbahn ist mit der Südbahn einfach nicht vergleichbar. Der Ausbau einer Strecke ist nicht mit einem Neubau vergleichbar und wir haben schließlich gesetzliche Schranken.“

Diese „Schranken“ sind es auch, die den besorgten Bürgern zuwenig sind. Etwa sieht die für die HL-AG geltende Schienenlärm-Immissionsschutzverordnung maximale Lärmwerte von 50 Dezibel vor, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hingegen fordert 45 Dezibel. Daher auch die Forderung nach einem Bundes-Lärmschutzgesetz.

Ebenfalls massive Ängste hegen die Bürger hinsichtlich der geplanten Lärmschutzmaßnahmen. Zu sehr wird befürchtet, dass diese aufgrund der besonderen Lage des Ortskernes von Wildon über der Bahn, wirkungslos sind. Lärmschutzexperte Gerhard Tomberger konnte nicht beruhigen: „Es wird sehr schwierig werden, einen effektiven Lärmschutz zu machen.“ Rechtsanwalt Johann Unterasinger empfahl den Bürgern jedenfalls eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) einzufordern und so rasch wie möglich den Ist-Zustand zu erheben. Bei letzterem wurde der Ruf der Finanzierung von diversen Gutachten laut. Josef Hirschmann von der Bürgerinitiative, Ex-Bürgermeister und nun FPÖ-Gemeinderat, forderte hier Unterstützung der Gemeinde. Auf die wollte sich Bürgermeister Ingrid Weber nicht sofort festlegen, weil sie damit erst den Gemeinderat befassen müsse. Betreffend die UVP sicherte Pittino zu, dass eine solche im Abschnitt Wildon durchgeführt werde.



Rechts- und Lärmschutzexperten, Bürgerinitiativen und Kommunalpolitiker auf dem Diskussionspodium

K.K.

POST INTERN

Da waren es schon sechs

Beinahe täglich sorgt das Thema Postamtsschließungen derzeit für Gesprächsstoff. Noch vor zwei Tagen hatte ein Postgewerkschafter die Hoffnung geäußert, dass es bei den bis dahin bekannten Schließungen der Postämter St. Georgen/Stiefing, Gosdorf, Bad Gams, Pöfing Brunn und St. Oswald/Eibiswald in der Region vorerst bleiben könnte. Diese Hoffnung hat sich allerdings rasch zerschlagen. Denn die Hiobsbot-

schaft hat schon wieder ein Postamt getroffen, nämlich jenes in Tieschen.

Und auch Bürgermeister Martin Weber erging es nicht anders als seinen Amtskollegen: „Ich wurde auch von meinem Postamtsleiter informiert, offiziell soll ich vom Postmanagement aber erst am Montag kontaktiert werden.“



Betroffenheit auch bei Bgm. Martin Weber K.K.

Bis zuletzt hatte der Gemeindechef gehofft, es würde Tieschen nicht treffen. Die Entscheidung ist für ihn eine „Politik gegen die Menschen“. Weber: „Wir bemühen uns, dass die Jugend im Ort bleibt, schaffen das entsprechende Umfeld und dann wird eine Infrastruktureinrichtung nach der anderen zugesperrt. Das passt nicht dazu.“

BETTINA KUZMICKI